

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 31. August 2015

Verfasser: Thomas Wirth

### **Kein Ehegattensplitting, keine Regelung der Entschädigungen für den VR von EKZ und GVZ, keine Amtszeitbeschränkung in Aufsichtskommissionen, kein Nachtragskredit für die PHZH,– aber endlich ein Jugendparlament**

#### **(Kein) Ehegattensplitting** (Judith Bellaiche)

Die glp fordert auf kantonaler Ebene die Einführung des Ehegattensplittings. „Jeder findet sie ungerecht, aber zum Schluss hat niemand wirklich den Mut, sie abzuschaffen.“ Eigentlich würden wir die Individualbesteuerung bevorzugen, aber da ist der Bund zuständig und wir wollen jetzt handeln. Mit der Einführung eines Splittingmodells würde erstens eine Ungerechtigkeit beseitigt und zweitens der Fachkräftemangel reduziert, weil eine steuerliche Hürde für Beteiligung beider Ehepartner am Arbeitsprozess wegfallen würde. Mit 82 zu 83 Stimmen entschied der Kantonsrat äusserst knapp gegen unser Anliegen. FDP und SP wollen weiterhin einfach weiterhin auf eine Bundeslösung warten, Grüne und EDU konnten sonst nichts damit anfangen... Somit ist die Motion äusserst knapp abgelehnt.

#### **Entschädigungsreglement für Verwaltungsräte von EKZ und GVZ** (Jörg Mäder)

Ein glp-Vorstoss zu den Entschädigungen der Verwaltungsräte von EKZ und GVZ wurde vom Rat knapp abgelehnt. Zwar wurde von allen Parteien bei der EKZ ein Handlungsbedarf geortet. Trotzdem lehnte die Ratsmehrheit von der entsprechend angepassten parlamentarischen Initiative ab. Sie bevorzugten das Warten auf eine regierungsrätliche Vorlage. Die Entschädigungsregelung der Regierungsräte wurde einstimmig genehmigt.

#### **(Keine) Amtszeitbeschränkung für Aufsichtskommissionsmitglieder** (Benno Scherrer)

Mit einer Änderung des Geschäftsreglement wollten die FDP, SP, Grüne und AL den Kantonsrat bei der Wahl der Kommissionsmitglieder in Aufsichtskommissionen einschränken. Hinter dem vorgeschobenen Argument, dass vermehrte Rotation mehr Unabhängigkeit garantiert, steckte ein Angriff auf Gabi Petri. Die genannten Parteien wollten auch regulieren, wo die Selbstregulierung durch die Fraktionen und den Rat, welcher die Kommissionsmitglieder wählt, absolut ausreichend ist. Schliesslich mangelt es gerade in Aufsichtskommissionen eher an Erfahrung. Die Mehrheit des Kantonsrat lehnte dieses Ansinnen schliesslich mit der glp ab.

#### **(Kein) Nachtragskredit für die PHZH** (Benno Scherrer)

Die PHZH meldete die Notwendigkeit eines Nachtragkredites an, die angeführten Begründungen konnten aber auch Nachfrage nicht nachvollzogen werden. Daher lehnte der Rat gemeinsam mit der Mehrheit der glp den Nachtragkredit konsequenterweise ab. Nun droht ein in der Rechnung ein Defizit, welches jedoch problemlos aus dem Eigenkapital gedeckt werden kann, welches die PHZH mit den Gewinnen in den letzten Jahren geäuft hat.

#### **Ja zu einem Jugendparlament** (Benno Scherrer)

Nach intensiver Diskussion schuf der Kantonsrat die Grundlagen für ein Jugendparlament. Zukünftig werden Jugendliche zwischen 13 und 21 Jahren die Möglichkeit haben, Petitionen zu Händen der Kantonsrats zu beschliessen. Die glp hofft, dass die Schlussabstimmung die störende Lücke im politischen System in wenigen Wochen endgültig geschlossen ist.

Des weiteren beschloss der Kantonsrat ein revidiertes **Publikationsgesetz**. Damit wird zukünftig die elektronische Fassung eines offiziellen Beschlusses massgeblich. Ausschliesslich die SVP wehrte sich gegen diese zeitgemässe Änderung. Und zuletzt beschloss der Kantonsrat die **Senkung der Gemeindebeiträge an den Ombudsmann**. Dies wurde notwendig, nachdem mehrere Jahre hintereinander die Gemeindebeiträge wesentlich höher waren als die verursachten Kosten, welche dem Ombudsmann dadurch entstanden.